



Beschlussantrag

des Gemeinderates Christoph Wiederkehr, der Gemeinderätin Bettina Emmerling, des Gemeinderates Stefan Gara und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Erstellung eines jährlichen Transparenz- und Korruptionsberichts

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 25 in der 42. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 27.09.2018

Seit Einsetzung der Untersuchungskommission zum Krankenhaus Nord zeichnen sich laufend weitere Mängel und Fehlentscheidungen bei Planung und Errichtung des Spitals ab. Insbesondere der oft achtlose und intransparente Umgang betreffend Steuergeld, die unlautere Vergabe von Aufträgen oder die nicht nachvollziehbare Verteilung von Posten bereiten den Wienerinnen und Wienern Grund zu Sorge und berechtigter Empörung. Aktuell unterstreichen aber auch andere Fälle den dringenden Handlungsbedarf der Stadt Wien, wenn es darum geht, offensichtliche Ungereimtheiten in der Verwaltung aufzuzeigen.

Konkret geht es um die Diskussion rund um das Semmelweis-Areal und die Veräußerung von Liegenschaften durch die Stadt Wien, die Stornierung von Parkstrafen durch Mitarbeiter_innen der MA 67 (Parkraumüberwachung) sowie den Verdacht der Bestechlichkeit gegen 32 Mitarbeiter_innen bei Wiener Wohnen im Rahmen der Sanierung von Gemeindebauten. Die teilweise länger zurück liegenden und jetzt abermals an Brisanz gewonnenen Fälle zeigen, dass Aufklärung in solchen Fällen oft zu langsam geschieht. Vor allem existiert in Wien kein effektives System zur Korruptionsprävention, d.h. Maßnahmen, durch die Fälle von Bestechlichkeit u.ä. gar nicht erst auftreten können.

Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass die überwiegende Mehrheit der Bediensteten der Stadt und ihrer Gesellschaften ihre Aufgabe gewissenhaft und im Sinne einer verantwortungsvollen Arbeitsethik vollzieht. Offenbar ist aber ein kleiner Teil der Mitarbeiter_innen der Verwaltung anfällig für Korruption. Gerade deswegen ist es auch im Sinne der gewissenhaften Mitarbeiter_innen, das Ansehen von Politik und Verwaltung zu wahren bzw. wiederherzustellen. Deshalb braucht es im Sinne eines sparsamen und verantwortungsbewussten Umgangs mit Steuergeldern eine Reihe entschlossener Anti-Korruptionsmaßnahmen.

Im Zuge eines umfassenden Maßnahmenpakets gegen Korruption müssen der Fortschritt im Bereich der Korruptionsbekämpfung beobachtet, Entwicklungen messbar gemacht und etwaige Erfolge kommuniziert werden. Daher soll der einzusetzende weisungsfreie Vertrauensanwalt dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit einmal jährlich einen Transparenz- und Korruptionsbericht samt Korruptionsstatistik vorlegen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert die Wiener Stadtregierung dazu auf, dem Gemeinderat einen jährlichen Transparenz- und Korruptionsbericht vorzulegen. Der Bericht, der von dem weisungsfreien Vertrauensanwalt redaktionell erstellt werden soll, soll dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit den Fortschritt der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung darlegen und eine jährliche Korruptionsstatistik enthalten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 27.09.2018

Three handwritten signatures are present. The first signature on the left is partially cut off. The second signature is a large, stylized cursive signature. The third signature is a smaller, more legible cursive signature.

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 27. SEP. 2018
DGL-825922-2018-KNEIGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat